

Außenwirtschaft

Gegenden zu bekommen. Auch die Methode, verstärkt Bewerber aus Minderheitengebieten in die Pädagogischen Hochschulen aufzunehmen mit der Maßgabe, daß sie nach dem Studium in ihre Heimatorte zurückkehren, hat nicht sehr viel gefruchtet, weil ein großer Teil dieser Studenten nicht bereit dazu ist. Um Abhilfe zu schaffen, hat die Staatliche Kommission für Nationalitätenangelegenheiten beschlossen, eine dem Nationalitäteninstitut in Beijing angeschlossene Mittelschule in eine Lehrerbildungsanstalt umzuwandeln. Für die Lehrerausbildung an dieser Institution sollen pensionierte Beijinger Lehrer gewonnen werden. (XNA, 13.1.88) -st-

* (31) Filmproduktion 1987

In China wurden im vergangenen Jahr 140 Spielfilme produziert. Insbesondere in qualitativer Hinsicht ist man mit dieser Leistung sehr zufrieden und meint, im letzten Jahr große Fortschritte gemacht zu haben. Ein Viertel der 140 Filme wird als wertvoll erachtet. Der Direktor des Filmamtes unter dem Ministerium für Radio, Film und Fernsehen lobte vor allem die große Variationsbreite der Filme und die Sorgfalt der Produktion. In bezug auf Themen und Ausdrucksmittel sei eine große Vielfalt zu verzeichnen. Als Beispiele für besonders gelungene Filme nannte er "Befreiung" (Jiefang), "Der alte Brunnen" (Lao jing), "Rote Hirse" (Hong gaoliang) und "Der letzte Rasende" (Zuihou de fengkuang). Auch international habe der chinesische Film Anerkennung gefunden. So habe China im vergangenen Jahr an 89 internationalen Filmfestspielen teilgenommen. Dabei seien 12 Spiel- und 23 Kurzfilme auf 28 Filmfestivals ausgezeichnet worden. Darunter habe allein der Film "Der alte Brunnen" auf zwei Filmfestivals 5 Auszeichnungen gewonnen (der Film erhielt in Japan und in den USA Filmpreise). Für dieses Jahr sind mehrere Filme mit Themen aus der jüngeren Geschichte geplant, u.a. über die Verhandlungen in Chongqing, über große Schlachten und über das Treffen zwischen Mao Zedong und Nixon im Jahre 1972. Diese Filme werden schon im Hinblick auf die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Volksrepublik gedreht. (RMRB, 9.1.88) -st-

* (32) Bilanz der Außenwirtschaft stabilisiert

Chinas Außenwirtschaftsbilanz hat sich 1987 deutlich stabilisiert. Nach den in Beijing veröffentlichten Teilergebnissen wurde der günstige Trend im Außenhandel, der durch überproportionale Steigerung der Exporte gekennzeichnet ist, ergänzt durch eine neuerliche Zunahme der - noch 1986 stark rückläufigen - ausländischen Direktinvestitionen. Dennoch sah Außenhandelsminister Zheng Tuobin keinen Grund zur Selbstzufriedenheit und zum übertriebenem Optimismus. Er wies darauf hin, daß Chinas Anteil von nur 1,5% am gesamten Exportaufkommen der Welt gemessen an der Größe des Landes und seinem Devisenbedarf keineswegs befriedigend sei. Gleichzeitig forderte er zu größeren Anstrengungen auf, um China als Billiglohnland für Investoren attraktiver zu machen. Die Volksrepublik dürfe nicht den gleichen Fehler machen wie Anfang der 1970er Jahre und es wieder verpassen, aus diesem sich gegenwärtig vollziehenden zweiten internationalen Umstrukturierungsprozeß Vorteile zu ziehen. In der weltweiten Verteilung von Direktinvestitionen entfällt auf die Volksrepublik vorläufig nur 1%.

Als bemerkenswertestes Ergebnis sticht aus den veröffentlichten Zahlen die nachhaltige Verbesserung im Außenhandelssaldo hervor, die Beijing ermutigen dürfte, die Bremsen beim Technologieimport für den Rest der laufenden Planperiode wieder etwas zu lockern.

Während die amtliche Zollstatistik für 1987 ein Defizit von 3,94 Mrd. US\$ ausweist, kommt das Außenwirtschaftsministerium sogar auf einen Überschuß von 1,86 Mrd. US\$, der erste Überschuß seit 1983. Da die Statistik des Ministeriums sich offenbar mehr an Plangrößen orientiert und außerdem bei den Einfuhren bestimmte Posten (z.B. die zur Herstellung von Exportgütern bestimmten Rohstoff- und Komponenteneinfuhren) außer acht läßt, erscheinen die Zahlen der Zollbehörden zuverlässiger.

Danach weiteten sich im Vergleich mit dem Vorjahr die Einfuhren 1987 um 2,2% auf 43,86 Mrd. US\$ und die Exporte um 29% auf 39,92 Mrd. US\$ aus.

Bei der Struktur der Exportgüter zeigt sich ein allmählicher Wandel zugunsten von industriellen Fertigwaren, die 1987 bereits 65,5% der gesamten Exporte ausmachten. Wo das Land die Schwerpunkte setzt, läßt sich an den neuen, in diesem Jahr zur Einführung vorgesehenen Exportförderungsmaßnahmen ablesen. So sollen die Branchen Elektronik (vornehmlich Haushaltsgeräte), Bekleidung und Maschinenbau mit den höchsten Raten (zwischen 50% und 100%) an den von ihnen erwirtschafteten Devisenerlösen beteiligt werden. Im weiteren Verlauf der Außenhandelsreform ist zudem geplant, den Zwittercharakter der staatlichen Import-Export-Gesellschaften zwischen administrativen Organen und Wirtschaftsunternehmen zu beseitigen und sie in kommerziell eigenverantwortliche Betriebseinheiten zu verwandeln.

Nach dem Einbruch des Jahres 1986, in dem sich der Zufluß bei den vertraglich neu zugesagten ausländischen Direktinvestitionen gegenüber dem Vorjahr fast halbiert hatte, vermeldet das Ministerium für 1987 wieder einen Anstieg um 30% auf insgesamt 3,68 Mrd. US\$, die sich auf 2.230 Joint Ventures und andere Kooperationsprojekte verteilen. Tatsächlich genutzt wurden im gleichen Jahr indessen nur Projekte in Höhe von 1,9 Mrd. US\$ (+1,3%). Die negativen Erfahrungen, die westliche Unternehmer seit dem Beginn der Öffnungspolitik in China machten (Rechtsunsicherheit, überhöhte Arbeitslöhne, gewichtige Exportauflagen), dürften erklären, daß das Volumen der Neuzusagen noch lange nicht wieder das Niveau von 1985 (6,3 Mrd. US\$) erreicht hat. In den nur sehr globalen Angaben über die Herkunftsländer hob das Ministerium die Rolle der USA und Japans hervor, welches letzteres nach langer Zurückhaltung wieder aktiv investiert.

Um technisches Know-how auch an der Quelle zu erwerben, tritt die Volksrepublik in bescheidenem, aber zunehmendem Umfang seit einigen Jahren selbst als Investor im Ausland auf. Nach der offiziellen Statistik stieg die Volksrepublik 1987 weltweit in 124 Joint Ventures in Industrie, Landwirtschaft und Handel ein und investierte dabei insgesamt 350 Mio. US\$. (XNA, 14.1.88; NZZ, 27.1.88) -lou-

*(33)

Euroyen-Anleihe der CITIC Industrial Bank

Am 12.1.1988 begab die CITIC Industrial Bank in London ihre erste Euroyen-Anleihe. Die Anleihe hat einen Wert von 15 Mrd. Yen, eine Laufzeit von fünf Jahren und ist mit einem Coupon von 5,625% versehen. Der Ausgabekurs betrug 102,625%, was bedeutet, daß der Effektivzins 5,01% beträgt. Die Anleihe wurde offiziell an der Luxemburger Börse notiert.

Schon vor der offiziellen Ausgabe wurde die Anleihe versuchsweise gehandelt. Es hieß, daß die Anleihe "gut aufgenommen" worden sei. Das führende Mitglied des Emissionskonsortiums ist Nomura Securities Co., das führende japanische Haus auf diesem Gebiet und ein wichtiger Partner der CITIC. An der Anleihe sind insgesamt 18 Banken aus Japan, Großbritannien, den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich beteiligt.

Dem Vernehmen nach soll die Anleihe für einige chinesische Aufbauprojekte und für die Refinanzierung bestehender Schulden verwendet werden.

Die CITIC war die erste chinesische Finanzinstitution, die sich auf den Kapitalmarkt von Tokyo begab. Dies war im Jahre 1982. Seither hat die CITIC insgesamt 11 Anleihen begeben, und zwar in Japan, der Bundesrepublik Deutschland, Singapur, Hongkong und Großbritannien; der Gesamtwert beträgt 1,388 Mrd. US\$.

Im Jahre 1987 begab die Volksrepublik insgesamt 30 Anleihen im Gesamtwert von 3,381 Mrd. US\$. Dies seien, nach Angaben der staatlichen Verwaltung für die Devisenkontrolle, 10,59% der gesamten ausländischen Mittel der Volksrepublik seit 1979 und 14,81% der Auslandskredite des Landes. (XNA, 14.1. und 23.1.88; NZZ, 10.1.88) -lou-

*(34)

Chinesisches Messewesen wächst

Anfang der 1970er Jahre hat das internationale Messewesen in Beijing, in Shanghai und Tianjin allmählich begonnen. Ab 1970 wurden erste internationale Messen in Beijing durchgeführt. Es waren zunächst die Ostblockländer, dann,

von den westlichen Industrienationen, England und die Schweiz present. Nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland gab es bald eine Absprache zur Durchführung einer deutschen Industrieausstellung. Im Dezember 1975 fand mit der "Technogerma Peking", organisiert durch die Imag München im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft, die bis heute noch größte Industrieausstellung eines Einzellandes statt. 1978 wurde seitens der zuständigen chinesischen Behörde - CCPIT - erstmals eine eigene internationale Veranstaltung ausgearbeitet: die "Internationale Landmaschinen-Ausstellung Peking 78".

Zu Beginn der 80er Jahre gab es sehr bald Veränderungen: Zahlreiche Institutionen (Fachministerien, Außenhandels- und Wirtschaftsorganisationen sowie der für das Messewesen generell zuständige CCPIT mit seinen für die einzelnen Provinzen zuständigen Filialen) stiegen zusammen mit professionellen Messeveranstaltern aus Hongkong und den USA ins kommerzielle Ausstellungsgeschäft ein. Fachveranstaltungen für alle Bereiche wurden für ganz China bis zu einer Größenordnung von etwa 200 Messen in der gesamten Volksrepublik angeboten.

Bei dieser hohen Zahl ist es verständlich, daß ein Großteil davon als Fehlschläge bezeichnet werden mußte. Eine Zäsur im chinesischen Messewesen gab es dann 1985, als der CCPIT mit der "ASPAT '85 - Asia Pacific International Trade Fair", eine Veranstaltung, die alle fünf bis sieben Jahre unter der Schirmherrschaft der ESCAP stattfindet, das neue internationale Messegelände in Beijing eröffnete. In den letzten Jahren nahm die Messeflut in China ein für den Außenstehenden und vor allen Dingen für die Ausstellerfirmen nicht mehr steuerbares Ausmaß an. Insbesondere dadurch, daß private Veranstalter jederzeit Messen an verschiedenen Plätzen in China ansetzen konnten, wenn sie eine der vorgenannten chinesischen Organisationen als Sponsoren gewonnen hatten und über finanzielle Mittel zur Anmietung des Messegeländes verfügten. Diese Finanzmittel mußten wieder durch unzumutbar hohe Standmieten amortisiert werden.

Nach chinesischen Verhältnissen sind Messen und Ausstellungen "Demonstrationen der Freundschaft", wobei mit Sicherheit diese

durchweg positive Einstellung zur Messeinflation in China beigetragen hat. Der CCPIT bemüht sich seit Jahren, seine Kontrolle über das gesamte chinesische Messewesen zu verstärken, um Themen- und Terminüberschneidungen zu vermeiden. Dabei konnten in letzter Zeit einige wenige Erfolge verbucht werden, in denen private Veranstalter mit ähnlichen Messethemen dazu verpflichtet wurden, Projekte gemeinsam zu organisieren.

Dennoch wird es zunehmend schwieriger, die Industriebranchen für die Teilnahme an Fachmessen in China zu interessieren. Der Grund hierfür liegt in der Devisenknappheit und im Sparprogramm der Regierung. Die Folge davon ist, daß die Beteiligungen an den bereits etablierten Messen immer kleiner werden. Zunehmend ist festzustellen, daß neue Veranstaltungen in diversen Bereichen verschoben bzw. abgesagt werden müssen.

Die Imag wird im September 1988 in Zusammenarbeit mit dem CCPIT die Umweltschutzmesse Ifat China '88 organisieren. Parallel dazu finden 1988 wiederum ca. zwölf Veranstaltungen bundesdeutscher Firmengemeinschaften statt. Besonders hervorzuheben sind dabei Automotive China '88, 21. bis 26.6.1988, Energy and Power China '88 (mit offizieller Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft), 20. bis 25.6.1988 und CTME '88 - China International Textile Machinery Exhibition, 6. bis 12.7.1988.

Die für August 1988 geplante chinesische Konsumgütermesse in Frankfurt soll um ein Jahr verschoben werden. Wie vom Magistrat der Messestadt mitgeteilt wurde, haben organisatorische Probleme auf Seiten der chinesischen Außenhandelsorganisation CCPIT zu diesem Schritt gezwungen. Als Ersatz für die abgesagte "Chinesische Woche" ist nunmehr für den Herbst 1988 ein "China-Tag" mit einem umfangreichen Kulturprogramm vorgesehen. Das Gelingen der Konsumgüterschau 1989 will sich Frankfurt nach bisherigen Überlegungen 300.000 DM kosten lassen. (HB, 11.-12.12.87, 12.1.88) -lou-

***(35)
Zhao fordert weitere Öffnung der Küstengebiete**

Seit November 1987 absolvierte Zhao Ziyang, Generalsekretär der KPCh, zwei Inspektionsreisen in die Küstengebiete der Provinzen Zhejiang, Jiangsu, Fujian und der Stadt Shanghai. Zhao machte einige wichtige Vorschläge zur Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung in den Küstengebieten.

Aufgrund der Veränderungen der Arbeitskosten würden die entwickelten Länder ständig ihre Produktionsstruktur anpassen. Arbeitsintensive Industriezweige würden in jene Gebiete verlagert, in denen die Arbeitskosten gering seien. Nach Zhao's Meinung liegen in den Küstengebieten günstige Verhältnisse vor, denn sie könnten preiswerte aber qualifizierte Arbeitskraft bieten, bessere Kommunikations- und Infrastrukturbedingungen sowie insbesondere eine wissenschaftliche und technologische Entwicklungskapazität. Große Mengen ausländischer Investitionen könnten herangezogen werden, falls man gut arbeitet.

Mit einer Bevölkerung zwischen 100-200 Millionen sollten sich die Küstengebiete auf den Weltmarkt begeben und an dem internationalen Austausch und der Konkurrenz in wohlüberlegter, geplanter und systematischer Manier teilnehmen. Die Entwicklung einer exportorientierten Wirtschaft sei eine strategische Aufgabe.

Um die mit dieser Strategie verbundenen Ziele zu erreichen, sollten zwei Punkte beachtet werden: Erstens sollten die Küstengebiete der Entwicklung von arbeitsintensiven Industriezweigen erste Priorität einräumen. Das Land habe überreichlich qualifizierte Arbeitskräfte mit niedrigen Löhnen. Dieser starke Punkt sollte voll genutzt werden, um arbeitsintensive Industriezweige sowie Industriezweige, die sowohl arbeits- als auch wissensintensiv sind, in den Küstengebieten aufzubauen. Die "Weiterverarbeitung angelieferter oder importierter Materialien" sei eine Form des Arbeitsexportes, die aktiv entwickelt werden sollte. Es sei eine Menge von Kohle vorhanden, um Elektrizität zu erzeugen. Die Küstengebiete sollten ihre Kraftwerkindustrie entwickeln, um Energie für die Entwicklung von arbeitsintensiven und exportorientierten Industriezweigen zur Verfügung zu stellen.

Zweitens sollten Weiterverarbeitungsindustrien in den Küstengebieten nach dem Motto "die beiden Enden außerhalb befestigen" verfahren und Import und Export in großem Umfange betreiben. "Die beiden Enden außerhalb befestigen" bedeutet, Roh- und Halbfertigmaterialien aus dem Weltmarkt zu importieren und die Fertiggüter auf den Weltmärkten anzubieten - die beiden Enden der Produktion und des Marketings. Falls man damit fortfahre, sich auf den Inlandsmarkt bezüglich der Versorgung mit Roh- und Halbfertigmaterialien zu verlassen (unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklungen im Innern Chinas und des wachsenden Bedarfs der Verarbeitungsindustrien entlang der Küste), so würde die Konkurrenz zwischen den Küstengebieten und dem Innern Chinas um Roh- und Halbfertigmaterialien sich verschärfen, was zu nichts führt.

Deswegen müßten die Küstengebiete ermutigt werden, Roh- und Halbfertigmaterialien aus dem Weltmarkt zu importieren, und zwar in großem Umfange. Nach der Weiterverarbeitung und der Wertsteigerung sollten die Produkte wieder auf den Weltmarkt exportiert werden. Die lokalen Behörden sollten ebenfalls ermutigt werden, jenen Anteil der Devisen, die sie einbehalten können, als Umlaufkapital zu benutzen mit dem Ziel, Geschäfte zu machen, die mit "Weiterverarbeitung nach Auftrag" beschrieben werden können. (RMRB, 23.1.88) -lou-

***(36)
CITIC gründet Filialen**

Die China International Trust and Investment Corp. (CITIC) gründete kürzlich vier Tochtergesellschaften. Es handelt sich um die CITIC Trading Inc., CITIC Technology Inc., CITIC Tianjin Industrial Development Inc. und die CITIC Travel Inc. Der "sozialistische Konzern", so der CITIC-Vorsitzende Rong Yiren, wird, vorbehaltlich der Zustimmung durch den Staatsrat, in "CITIC (Holdings)" umbenannt werden und damit die vor etwa einem Jahr begonnene Umstrukturierungsphase abschließen.

Zur CITIC gehören jetzt 16 Tochtergesellschaften, davon neun Spezialunternehmen, je drei lokale bzw. überseeische Töchter und die Hongkong Holding. Deren eingetragenes Kapital beträgt zusammen rund 3 Mrd. Yuan.

Die überseeischen Aktivitäten erstrecken sich auf eine Aluminiumhütte in Australien, eine Zellstoffanlage in Kanada und ein Forstwirtschaftsvorhaben in den USA. Seit Anfang 1987 hat sich die CITIC in verschiedenen Formen an gut einem Dutzend in- wie ausländischen Projekten beteiligt. Dazu gehört z.B. auch ein Aluminiumwerk in Qinhuangdao (Provinz Liaoning) oder der Kauf einer Fabrik in der Provinz Shanxi, die zu einem Produktionszentrum für Maschinen und elektrische Erzeugnisse ausgebaut werden soll.

Die Investitionsprioritäten für das laufende Jahr sind nach Angaben von Präsident Xu Zhaolong die Bereiche Energie, Produktion von NE-Metallen, kleinere Eisen- und Stahlfabriken, Maschinenbau, Herstellung von elektrischen und chemischen Erzeugnissen, Textilien, Nahrungsmitteln, Leichtindustrie und Immobilien. Die Schwerpunkte liegen in Tianjin, Shenzhen und Shanghai. (NfA, 19.1.88) -lou-

***(37)
Neue Bestimmungen für Joint Ventures**

Die "Investitionsbestimmungen für Vertragspartner chinesisch-ausländischer Joint Ventures", die am 1.1.1988 vom Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel sowie der staatlichen Industrie- und Handelsbehörde veröffentlicht wurden, werden am 1. März 1988 in Kraft treten. Mit den neuen Bestimmungen sollen die legitimen Rechte und Interessen aller Joint Venture-Partner geschützt und die wirtschaftliche Ordnung in China aufrechterhalten werden. Die Bestimmungen beinhalten 11 Artikel; es folgen wichtige Passagen:

1. Investitionen in Joint Ventures müssen in Bargeld, das dem Investor gehört, getätigt werden, ebenso können Güter, industrielle Anlagen und Technologien verwendet werden, die hypotheckenfrei sind, nachweisbar den Investoren gehören und von ihnen liquidiert werden können.

2. Die Investition muß in einem Joint Venture-Vertrag auf eine bestimmte Frist festgelegt sein. Besagt der Vertrag, daß die Investition durch eine einmalige Zahlung zu tätigen ist, muß diese innerhalb von sechs Monaten nach der Genehmigung des Joint Ventures erfolgen. Wenn in dem Vertrag eine

Ratenzahlung der Investition festgelegt ist, müssen 15% der gesamten Investitionssumme innerhalb von drei Monaten nach der Genehmigung des Projektes gezahlt werden. Wenn die Vertragspartner bezüglich der Zahlung nicht den im Vertrag bestimmten Termin einhalten, wird der Joint Venture-Vertrag automatisch als aufgelöst betrachtet und die Genehmigung ungültig.

3. Wenn die Partner nach der ersten Anzahlung drei Monate nach dem vertraglich festgesetzten Datum keine weiteren Raten oder weniger Investitionen als vertraglich festgelegt zahlen, haben die Industrie- und Handelsbehörden das Recht, eine Zahlung innerhalb eines Monats zu verlangen. Wenn die Zahlung in diesem Zeitraum immer noch nicht erfolgt ist, wird die Lizenz zurückgezogen und das Joint Venture dazu aufgefordert, seine Zahlungsforderungen bekanntzugeben und seine Schulden zu begleichen.

4. Wenn ein Partner die Investition nicht termingemäß tätigt und die Warnungen, den Vertrag zu erfüllen, ignoriert, wird dieser Partner automatisch seine Teilhaberschaft verlieren und diejenigen Partner, die sich an den Vertrag gehalten haben, sind dem Gesetz gemäß dazu berechtigt, von dem Partner, der seiner Pflicht nicht nachgekommen ist, innerhalb eines Monats eine Entschädigung zu verlangen, die Auflösung des Joint Ventures und neue Partner für ein Ersatzprojekt zu beantragen.

5. Ist das Joint Venture bereits genehmigt, doch in dem Vertrag keine Frist für das Ende der Investitionszahlungen festgelegt, müssen dem Vertrag entsprechende Ergänzungen beigelegt werden; wenn ein Ende der Zahlungsfrist festgelegt ist und ein Partner seinen Investitionsanteil nicht termingemäß bezahlt hat, muß er das erforderliche Kapital innerhalb von zwei Monaten, nachdem diese Bestimmungen in Kraft treten, bereitstellen (nach BRu, Nr.6, 9.2.88, S.35). -lou-

*(38)

Der Toshiba-Fall: Chinesen fordern Kompensationen

Am 21. Mai 1987 erließ das japanische Ministerium für internationalen Handel und Industrie (MITI) gegenüber der Firma Toshiba Machine Co., einer Tochter der Toshiba Corp., ein Verbot, Pro-

dukte dieser Firma an 14 kommunistische Länder, darunter die Sowjetunion, osteuropäische Länder und China, zu liefern. Zuvor war bekanntgeworden, daß das japanische Unternehmen moderne Bohrausrüstungen an die Sowjetunion geliefert hatte. Die Vereinigten Staaten beklagten sich darüber, daß diese Exporte die sowjetische Kriegsmarine in die Lage versetzt hätte, leisere Propeller für Unterseeboote zu entwickeln. Diese Verkäufe widersprachen den Regeln des Coordinating Committee for Multilateral Export Controls (COCOM), das Exporte von militärnahe Technologie in die kommunistischen Länder regelt.

Ende 1984 hatte die Civil Aviation Administration of China (CAAC) von der Toshiba Machine Co. neun Radarsysteme und eine spezielle Testausrüstung im Gesamtwert von 1,85 Mrd. Yen bestellt. Nach chinesischen Angaben sah der Vertrag vor, daß Toshiba alle Güter vor Mai 1987 zu liefern hatte. Wegen des Verbots durch das MITI wurden zwei Radarsysteme und die Testausrüstung nicht geliefert. Die beiden Radarsysteme waren für die Flughäfen von Nanjing und Guiyang bestimmt. Auf diesen Flughäfen sei die Flugsicherheit beeinträchtigt, weil man diese Einrichtungen nicht bekommen könne. Des weiteren seien Tests und Instandhaltungssysteme für den Lufttransport auf sieben Flughäfen beeinträchtigt worden.

Die China National Machinery and Equipment Import and Export Corp. hatte Verträge im Werte von 745 Mio. Yen mit Toshiba Machine. Toshiba konnte sechs der neuen Exportverträge nicht erfüllen, zwei weitere Verträge, die im März 1988 fällig werden, könnten das gleiche Schicksal erleiden. Ein weiteres Opfer, die China National Machinery Import and Export Co., büßte durch den Bruch von fünf Verträgen 3,9 Mio. US\$ ein. Weitere 18 Importverträge im Werte von ca. 5 Mio. US\$ mit anderen japanischen Unternehmen seien durch diesen Fall ebenso betroffen.

Die Volksrepublik drängte Japan, Kompensationszahlungen jenen chinesischen Unternehmen zu zahlen, die durch den Toshiba-Fall Verluste erlitten hätten. Am 8.1.1988 wurde bekannt, daß das Außenhandelsministerium der Volksrepublik zugestimmt habe, einige Produkte von anderen japanischen Herstellern als Ersatz für die

Toshiba-Güter zu kaufen. Des weiteren forderte die chinesische Regierung die japanische auf, das Versprechen zu halten, Exportrestriktionen gegen China aufzuheben und künftige "Toshiba-Fälle" zu verhindern, die die Ausweitung des chinesisch-japanischen Handels gefährden könnten. (XNA, 24.12.87, 4. und 9.1.88; IHT, 5.1.88) -lou-

*(39)

General Motors schließt Technologievertrag mit Volksrepublik ab

Der amerikanische Automobilkonzern General Motors wird sich in den kommenden Jahren massiv am Auf- und Ausbau der Kraftfahrzeugindustrie der Volksrepublik beteiligen. Der Konzern gab jetzt den ersten konkreten Abschluß mit der Volksrepublik bekannt. Es handelt sich um die Lieferung einer gebrauchten Montagestraße für die Produktion von Motoren im Werte von ca. 20 Mio. US\$. Das Geschäft ist Teil eines Mehrphasenplanes, der General Motors in einigen Jahren zum größten ausländischen Partner der chinesischen Automobilindustrie machen soll.

Die Montagelinie, die als erstes dem chinesischen Partner, der China National Automotive Industry Corp., geliefert wird, steht derzeit noch in Flint im US-Bundesstaat Michigan. Bis spätestens 1990 soll die Anlage in der Beinei-Fabrik in Beijing produktionsbereit sein und anfangs rd. 150.000 4-Zylinder-Motoren mit einem Hubraum von ca. 2.000 cm³ pro Jahr liefern.

Die mit den Chinesen vereinbarte erste Phase des langfristig angelegten Geschäfts enthält daneben ein Gießereiprojekt, das als Joint Venture organisiert werden soll. Weitere Vereinbarungen dieser Stufe betreffen die Produktion von Achsen, Anlassern, Verteilern und Lichtmaschinen. Für diese Vorhaben werden dem Vernehmen nach Durchführbarkeitsstudien durchgeführt. In einer zweiten Phase wollen Amerikaner und Chinesen zusammen Komponenten und schließlich ein komplettes Auto für den chinesischen Markt produzieren. General Motors ist nicht das erste amerikanische Automobilunternehmen, das in der Volksrepublik produziert. Bereits seit geraumer Zeit stellt die mittlerweile von Chrysler übernommene Automobilfirma AMC im Rahmen eines Joint Venture in der Volksrepublik China Jeeps her. (NfA, 28.1.88; IHT, 22.1.88; AWSJ, 21.1.88) -lou-